

**E. Martin Döring, Gunther H. Engelhardt, Peter H. Feindt
und Jürgen Oßenbrügge, Vorwort**

aus:

Stadt – Raum – Natur

Die Metropolregion als politisch konstruierter Raum

herausgegeben von

E. Martin Döring, Gunther H. Engelhardt, Peter H. Feindt,
Jürgen Oßenbrügge

S. 7-15

Die gebundene Ausgabe (Hardcover mit Schutzumschlag, 218 Seiten mit 10 Abbildungen) können Sie für 17,00 EUR (inklusive Versandkosten) bei Hamburg University Press – <http://hup.rz.uni-hamburg.de> – online bestellen oder über den Buchhandel erwerben.

Erstellt am 31. März 2005

Impressum für die Gesamtausgabe

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Diese Publikation ist außerdem auf der Website des Verlags Hamburg University Press *open access* verfügbar unter <http://hup.rrz.uni-hamburg.de>.

Die Deutsche Bibliothek hat die Netzpublikation archiviert. Diese ist dauerhaft auf dem Archivserver Der Deutschen Bibliothek verfügbar unter <http://deposit.ddb.de>.

ISBN 3-9808223-2-X (Printausgabe)

© 2003 Hamburg University Press, Hamburg

<http://hup.rrz.uni-hamburg.de>

Rechtsträger: Universität Hamburg

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	7
<i>von E. Martin Döring, Gunther H. Engelhardt, Peter H. Feindt und Jürgen Oßenbrügge</i>	
Globale Bedingungen und lokale Perspektiven für Wettbewerbs- und Kooperationsformen in Metropolregionen	17
<i>von Rainer Danielzyk und Jürgen Oßenbrügge</i>	
„Metropolregion Hamburg“ – Anmerkungen zu einer politischen Konstruktion von Raum	39
<i>von Peter H. Feindt</i>	
Global discourse, local struggle. Die Rekonstruktion des Lokalen durch Lokale-Agenda-21-Prozesse	53
<i>von Angela Oels</i>	
Raumerfahrung und Perspektiven räumlicher Entwicklung. Kommentar zu den Beiträgen von Angela Oels und Peter H. Feindt	69
<i>von Ingrid Breckner</i>	
Regional- und umweltökonomische Aspekte der hafenzentrierten Zukunftsorientierung der Metropolregion Hamburg	79
<i>von Heiner Hautau</i>	

Der Streit um das Mühlenberger Loch – ein Beispiel für die politische Konstruktion der Wissensgrundlage ökonomischer Politikempfehlungen	95
<i>von Horst Hegmann</i>	
Der mögliche Beitrag der Sozioökonomie zur Entschärfung von Naturschutzkonflikten	113
<i>von Ingrid Wilkens</i>	
Zwischen Globalismus und Populismus: Die Debatte um die Anmeldung des Wattenmeers als UNESCO-Welterbe	133
<i>von Werner Krauß und E. Martin Döring</i>	
Stadt, Land und Medien – Ansichten von Natur und Nordsee im Wandel kultureller Praxis	149
<i>von Wolfgang Settekorn</i>	
Stadt als erlebter und gelebter Raum – kein Sein ohne Handeln?	171
<i>von Jürgen Hasse</i>	
Metropolregion Hamburg – Perspektiven der Kooperation über Ländergrenzen	201
<i>von Jörg Knieling und Hellmut Körner</i>	
Schluss-Statement und Einschätzung wichtiger Ergebnisse des Workshops „Stadt – Raum – Natur: Die Metropole als politisch konstruierter Raum“	213
<i>von Klaus Müller</i>	
Adressen der Autorinnen und Autoren	217

Vorwort

Die Kategorie Raum hat in den letzten Jahren im wissenschaftlichen und öffentlichen Diskurs zunehmend Beachtung gefunden. Es scheint eine lineare Abhängigkeit vorzuliegen: Je weniger ortsgebunden die Handlungssequenzen der Individuen, Haushalte, Unternehmen und Organisationen werden, d. h. je stärker Globalisierungsprozesse wirken und damit räumliche Entgrenzungseffekte hervorrufen, desto wichtiger wird die Frage, welche Bedeutung räumliche Beziehungen für die Einzelnen und für die Gesellschaft generell haben und besonders, welche Rolle der territorialen Integration sozialer Beziehungen und Praktiken heute zukommt.

Dieser Grundfrage haben sich Autoren und Herausgeber des vorliegenden Bandes in pragmatischer Weise genähert. Im Mittelpunkt stehen spezifische Konstruktionen von Raum als Stadt, Wirtschaftsraum, Metropolregion, Freizeit- und Naturraum. Ausgehend von unterschiedlichen fachwissenschaftlichen Disziplinen gehen die Beiträge in diesem Band der Frage nach, welche Formen der Repräsentation für materielle und symbolische Aspekte der räumlichen Umwelt genutzt werden, um Vorstellungen über unsere „Welt“ zu erzeugen. Da die denkbaren Varianten extrem vielfältig sind, ist der Bezug zur Diskussion um die Metropolregion Hamburg als weiterer gemeinsamer Gesichtspunkt gewählt worden. Diese Konkretisierung erleichtert den interdisziplinären Austausch über Raumkonstruktionen und erlaubt gleichzeitig eine kontroverse Argumentation über die Sinnhaftigkeit und Zweckmäßigkeit derartiger Begriffe in der politischen Debatte, in denen Inhalte und Grenzen der Raumkonstruktionen stets neu verhandelt werden.

Die Beiträge stellen nicht nur ein Angebot zum reflexiven Umgang mit Raummetaphern dar, um diese zu differenzieren und Missverständnisse zu klären, sondern es geht auch um die kritische Begleitung politischer Prozesse. Denn in diesen werden fortwährend Räume konstruiert, häufig nur sehr oberflächlich begründet und über Stereotypen vermittelt. Gleichzeitig dienen sie aber zur Herstellung einer territorialen Handlungsbasis und können somit institutionelle Praktiken verändern, die letztlich in die Alltagswelt der Bewohner eingreifen. Daher sind Raumkonstruktionen und regionale Zukunftsprojektionen an sich ein wichtiger Bestandteil der öffentlichen Debatte.

Ausgangspunkt dieser Publikation ist ein öffentlicher Workshop im Juni 2001 gewesen, den die Herausgeber organisiert haben. Die Kooperation zwischen den Vertretern unterschiedlicher Disziplinen wie Sprach- und Medienwissenschaft, Politologie, Volkswirtschaftslehre und Wirtschaftsgeographie geht unter anderem auf eine Initiative der Hamburger Hochschulen und der Wissenschaftsbe-

hörde zurück, übergreifende Forschungsverbünde zu Themen der nachhaltigen Entwicklung und der Lokalen Agenda 21 aufzubauen. Während auf dem Workshop noch eine fachwissenschaftliche Gliederung der Vorträge in den Vordergrund gestellt wurde, um die disziplinären Unterschiede herauszuarbeiten, ist sie für die Publikation weitgehend aufgegeben worden. Dieses erfolgte aufgrund der vielfachen Überschneidungen und leicht zu verbindenden Akzentuierungen, die sich auf dem Workshop zeigten. Sie haben zu einer eher integrativen Gliederung in diesem Sammelband in drei Teilen geführt.

Im ersten Teil stehen Beiträge im Vordergrund, die auf politisch-planerische Prozesse in Metropolregionen abzielen. Damit treten Fragen in den Vordergrund, die das Entstehen der Kategorie Metropolregion im wissenschaftlichen und regionalpolitischen Kontext aufnehmen sowie Verfahren diskutieren, die Ansätze nachhaltiger Entwicklung in die Praxis umzusetzen versuchen. Damit wird die bewusste, rationale Praxis in der Stadt- und Regionalentwicklung einschließlich ihrer Begründungszusammenhänge und ihrer konkreten Ausprägungen im Hamburger Kontext thematisiert.

Zu Beginn nimmt der Beitrag von *Rainer Danielzyk* und *Jürgen Oßenbrügge* die gegenwärtige Debatte über Metropolregionen zum Anlass, die Bedeutung von Städten und stadtreionalen Kooperationsbeziehungen vor dem Hintergrund der Globalisierungsprozesse einzuschätzen. Gleichzeitig werden aktuelle Formen der Kooperation in Deutschland diskutiert und das Regionale Entwicklungskonzept der Metropolregion Hamburg evaluiert. Herausgestellt wird besonders das Motiv der gesteigerten Wettbewerbsfähigkeit, das gegenwärtig als Hauptgrund für die Aufnahme von Kooperationsbeziehungen in deutschen Metropolen vorzufinden ist. Obwohl dieses zweifellos eine wichtige Reaktion auf die zunehmende Mobilitätsfähigkeit der Unternehmen darstellt, wird in dem Beitrag auf eine aktive Auseinandersetzung lokaler Akteure mit den entgrenzenden Wirkungen der sich intensivierenden weltweiten Interaktionen hingewiesen.

Vor dem Hintergrund der Diskussion über eine nachhaltige Entwicklung ist in den vergangenen Jahren zunehmend die Frage aufgeworfen worden, wie räumliche und sachliche Verflechtungen in Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen abgebildet werden können, die gleichzeitig zügig und sachgerecht zu Ergebnissen kommen. Im Bereich der kooperativen Politikgestaltung sind vor diesem Hintergrund vielfältige diskursive Beteiligungsverfahren zur Anwendung gekommen, an die sich zum Teil große Hoffnungen knüpfen, politische Prozesse sozial zu öffnen und die Problemlösungsfähigkeit der Politik zu erhöhen.

Angela Oels zeigt am Fallbeispiel einer Zukunftskonferenz im Rahmen des Lokale-Agenda-21-Prozesses der Gemeinde Olching bei München, auf welche Weise in einem partizipativen Verfahren und in den Institutionen, die sich von seiner Tätigkeit betroffen fühlen, Globalisierungs- und Nachhaltigkeitsdiskurse auf verschiedene Weise reproduziert und reinterpretiert werden. Im Mittelpunkt

steht dabei die Frage, welche praktischen Schlussfolgerungen aus dem Deutungsmuster „Globalisierung“ gezogen werden sollen. Partizipatorische und repräsentative Demokratievorstellungen, Umwelt- und Wachstumsinteressen stehen hier gegeneinander. Im Ergebnis sind in Olching Lerneffekte auf beiden Seiten zu beobachten: eine erhöhte Aufmerksamkeit der Agenda-Aktivist*innen für die Anschlussfähigkeit ihrer Arbeit an die Tätigkeit formaler Institutionen und eine Öffnung der repräsentativen Gremien für stärker partizipative Arbeitsformen. Auf der inhaltlichen Ebene, dies zeigt der Olchinger Fall deutlich, geraten aber ohne entsprechende Vorkehrungen wesentliche Aspekte der Nachhaltigkeitsthematik aus dem Blickpunkt.

Peter H. Feindt nähert sich diesem Problem aus Sicht einer zugleich institutionalistischen und diskursanalytischen Politikforschung am Beispiel des regionalen Entwicklungskonzepts der administrativ zersplitterten „Metropolregion Hamburg“. Er zeigt, wie die drei beteiligten Landesbehörden unter Rückgriff auf den Globalisierungs- und den Regionalismuskonzepten zu einer Neuinterpretation der Situation ansetzen, die ihnen die Entdeckung gemeinsamer Interessen und die Überwindung von räumlichen Verteilungskonflikten ermöglichen soll. Während im Diskurs der „Metropolregion“ die symbolischen Raumbezüge des Globalisierungs- und des Regionalismuskonzepts und die funktionalen Raumbezüge eines regionalen Wachstumsmanagements im Vordergrund stehen, bleibt jedoch auf der institutionellen Ebene der territorial orientierte Raumbezug politisch-administrativer Akteure bestimmend – als Koordinationsmechanismus wird die Form eines Netzwerks gewählt, der die Handlungsautonomie der beteiligten Gebietskörperschaften unangetastet lässt. Umso bedeutsamer werden die informellen Regeln. Daher sollen kooperative Problemlösungen durch Schaffung einer regionalen „Identität“ mittels Schlüsselprojekten erleichtert werden – die sind allerdings bis zur juristischen Auseinandersetzung umstritten. Wachstums- und Umweltinteressen werden durch den Leitbegriff nachhaltiger Entwicklung symbolisch vermittelt, dessen Präzisierung im Rahmen des REK-Prozesses jedoch handverlesenen Akteuren vorbehalten bleibt. Verfahren und Ergebnis der REK-Entwicklung mögen daher der Netzwerk- und Vertrauensbildung unter den beteiligten Verwaltungen, Verbandsvertretern und Politikern dienen, unter dem Gesichtspunkt der präventiven Konfliktregelung erscheint eher Skepsis angebracht.

Hier setzt der kritische Kommentar von *Ingrid Breckner* an. Sie weist darauf hin, dass die Vielfältigkeit von Raumkonzeptionen es erfordere, zunächst die sachlichen, zeitlichen und sozialen Bezüge genau zu benennen, die in lokalen oder regionalen Partizipationsprozessen bearbeitet werden sollen, und mahnt insbesondere eine geschlechtersensible Untersuchungsperspektive an. Den in Prozessen des *region-building* häufig zu beobachtenden Rekurs auf traditionale Identitätskonzepte problematisiert sie ebenso wie den Rückgriff auf unhinterfragte Naturbilder in Agenda-Prozessen. Eine rein aufs Prozedurale ausgerichtete Un-

tersuchungsperspektive greife notwendigerweise zu kurz, weil schon ein wechselseitiges Verstehen der Akteure in Agenda-Prozessen, das die Vorbedingung für Lernprozesse wie für Verhandeln darstelle, eine Analyse der Probleminhalte wie der lokalen Praktiken voraussetze. Die geringe inhaltliche Präzision des Konzepts nachhaltiger Entwicklung erfordere eine Konkretisierung auf der Ebene von Projekten, erlaube aber zugleich eine Instrumentalisierung von Bürgerengagement für unterschiedlichste machtstrategische Ziele. Nur eine umfassende Einbeziehung der verschiedenen fachlichen Raumkonzepte und bürgerschaftlichen Raumerfahrungen, die sich einer vorschnellen Konsensorientierung entziehe, die Austragung vorhandener Konflikte ermögliche und auf die Aspekte von Macht, Hierarchie und Herrschaft achte, könne die produktive Kraft inhaltlicher Konflikte erschließen.

Der zweite Teil ist durch die Bandbreite wirtschaftswissenschaftlicher Beiträge zu konfliktträchtigen Fragen der Raumnutzung und Regionalentwicklung charakterisiert. Besonders ist hier der unterschiedliche methodologische Zugriff herauszustellen, der zum Teil eine Weiterführung der im ersten Teil ausgesprochenen (kontextbezogenen und diskursiven) Verfahren darstellt. Dabei orientiert sich *Heiner Hautau* in seinem Beitrag an den traditionellen wohlfahrtsökonomischen Denkmustern. Diese gehen von der Vorstellung objektiv möglicher Nutzen- und Kostenkalkulationen des Einsatzes alternativer raumordnungs- und regionalpolitischer Maßnahmen aus, wie hier am Beispiel der Diskussion um den Standort des neuen Tiefseehafens an der Nordseeküste aufgezeigt. Potentielle Interessensgegensätze zwischen verschiedenen wirtschafts-, umwelt- und/oder generell gesellschaftspolitischen Akteuren werden – wie der politische Willensbildungs- und Entscheidungsprozess schlechthin – als exogene Faktoren aus der ökonomischen Analyse ausgeblendet. Das geschieht durch die in dieser Theorierichtung übliche, wengleich meist nur implizit verwendete Metapher vom „weisen und wohlwollenden Diktator“, d. h. einem allwissenden, frei von Eigeninteressen nur dem Gemeinwohl verpflichteten zentralen Planer und Entscheider, der seine Handlungen auf eine von allen akzeptierte „gesellschaftliche Wohlfahrtsfunktion“ gründet. Mit dieser Fiktion erweckt die wirtschaftspolitische Beratung tendenziell den Eindruck, solchermaßen ökonomisch begründete Kosten-Nutzen-Erwägungen lieferten ähnlich ingenieurwissenschaftlichen Erkenntnissen objektive und wertfreie Maßstäbe für sachgerechte Entscheidungen, von denen die politische Praxis nur dann legitimerweise abweichen sollte, wenn sie andere, damit aber „außerökonomische“ Erwägungen höher gewichten wolle.

Den Gegenpol zu einer derartigen Position liefern neue politisch- und institutionenökonomische Ansätze, wie sie *Horst Hegmann* an der jüngsten Kontroverse um die (Teil-)Zuschüttung des Mühlenberger Lochs zugunsten der DASA-Werkserweiterung auf der Elbinsel Hamburg-Finkenwerder anschaulich demonstriert. Dabei wird angenommen, dass Nutzen-Kosten-Abwägungen auf der Ebene individueller Akteure angesiedelt sind, die sie aufgrund ihrer jeweils sub-

jektiven eigenen Wohlfahrtsvorstellungen vornehmen und dabei auch nur beschränkt rationaler Kalkulation unterziehen. Die Prämisse beschränkter, statt vollkommener Rationalität ergibt sich dabei aus dem in der Realität immer nur unvollkommenen Wissen und/oder auch asymmetrisch zwischen verschiedenen Akteuren verteilten Informationen, der ebenso realistischen Annahme von im Verhältnis zu den zu erwartenden individuellen Nutzen möglicherweise (zu) hohen Kosten der Informationsgewinnung und -verarbeitung sowie ebenso aufwendiger Kosten der Konsensfindung zwischen grundsätzlich als eigeninteressiert unterstellten Akteuren. Wirtschaftswissenschaftliche Beratung kann unter diesen Umständen niemals auf „objektivem“ ökonomischem Wissen über substantielle wirtschaftliche Sachzusammenhänge beruhen, sondern stets nur auf der Verfahrensebene einer (ihrerseits begrenzt rationalen) Entscheidungslogik des Abwägens zwischen kontroversen, aber prinzipiell gleichermaßen legitimen Politikentwürfen verschiedener Akteure angesiedelt sein – eine Vorstellung, die derartige Ansätze in die Nähe diskurstheoretischer sozialwissenschaftlicher Vorstellungen und auf ihrer Basis entwickelter Mediationsverfahren rückt.

Der Beitrag von *Ingrid Wilkens* enthält Elemente beider, zuvor gleichsam als Pole auf einem Kontinuum charakterisierter Positionen. Konflikte, die durch die Unterschützstellung von Naturräumen entstehen, so lautet die Kernthese der Autorin, kann die wirtschaftswissenschaftliche Politikberatung sicher nicht lösen. Am Beispiel der Auseinandersetzungen um die Gründung des Nationalparks Unteres Odertal versucht sie jedoch Möglichkeiten aufzuzeigen, wie sich verschiedene sozioökonomische Ansätze gewinnbringend heranziehen lassen, um die Konflikte zu analysieren und abzubilden, indem die Interessen der darin verwickelten Personen ermittelt und bewertet werden. Dies schaffe, so die Hoffnung der Autorin, immerhin eine Grundlage für die Versachlichung der oft durch hohe Emotionalität gekennzeichneten Auseinandersetzungen im Umweltbereich.

Im dritten Teil des vorliegenden Bandes werden kultur-, sprach- und medienwissenschaftliche Konstruktionen von Raum und Natur in den Mittelpunkt der Untersuchung gerückt. Während im ersten Teil sozio-technologische Bestimmungen von Regionen als notwendige territoriale Entscheidungsgrundlage für politische und administrative Prozesse im Vordergrund stehen und der zweite Teil sehr unterschiedliche Möglichkeiten der wirtschaftswissenschaftlichen Einflussnahme auf solche Prozesse aufzeigt, werden die Aspekte der vorherigen Abschnitte im dritten Teil des Bandes entweder grundsätzlich hinterfragt, mit anderen Vorgehensweisen kontrastiert oder um kulturwissenschaftliche Ansätze ergänzt. Grundsätzlicher Bezugspunkt für eine Kritik ist der Umstand, dass der Rolle kultureller und medialer Konstruktionen von Raum und Natur im politischen Meinungsfindungsprozess bisher kaum oder zu wenig Beachtung geschenkt wurde. Beide Kategorien sind umkämpfte Bereiche und Projektionsflächen lokaler, regionaler, nationaler und globaler Diskurse, in denen es nicht selten um so einfache, aber grundlegende Dinge wie „Macht“, „Identität“, „Ge-

schlecht“ und „Heimat“ geht: Eine globale und machtvolle Rhetorik der UNESCO wie „Das Wattenmeer als Weltnaturerbe – eine globale Auszeichnung“ trifft auf eine lokale wie „Gott schuf das Meer, der Friese die Küste“. Konflikte erscheinen hier unvermeidlich, und besonders in Verbindung mit Globalisierungsprozessen entzünden sich Auseinandersetzungen zwischen Verwaltung und Bevölkerung an Planungsvorgaben oder -richtlinien. Der lokale Widerstand richtet sich gegen diese „Kolonisierung“ von außen – eine gängige und oft anzutreffende Metapher: Man will in Nordfriesland eben nicht in einem „Naturschutz-Reservat“ leben. Solche Ansichten stellen Politik und Verwaltung vor schier unlösbare Aufgaben, denen auch mit noch so objektiven und sachlichen, sprich wissenschaftlich fundierten, Argumenten nicht beizukommen ist. Die so genannte „Glokalisierung“ scheidet nicht selten trotz immenser Anstrengungen auf ihrem Weg im letzten Glied der Kette an der banalen Einsicht, dass der Mensch eben nicht rational und dass gegen seinen Willen nur schwer etwas durchzusetzen ist – die Konflikte um die Einrichtung und die Erweiterung des Nationalparks Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer haben dies nur allzu deutlich gezeigt. Rhetorische Kniffe und moderierte Informationsveranstaltungen versprechen hier Abhilfe zu schaffen, doch auch diese Bemühungen um Verständigung und Konsensfindung stellen nicht wirklich eine Lösung des schwelenden Konflikts dar.

Genau an diesem Punkt setzen *E. Martin Döring* als Sprachwissenschaftler und *Werner Krauß* als Ethnologe in ihrem interdisziplinären Beitrag an. Ausgehend vom Versuch der „Trilateralen Wattenmeerkooperation“, das Wattenmeer als UNESCO-Weltnaturerbe anzumelden, werden die rhetorischen und diskursiven Merkmale dieses *heritage*-Diskurses aufgespürt und auf ihrem Weg von den offiziellen Hochglanzbroschüren und Stellungnahmen über moderierte Informationsveranstaltungen bis in die lokalen Entscheidungsprozesse verfolgt. Der symbolische Akt, also die Integration des Wattenmeeres in die Reihe des Weltnaturerbes, bemüht eine sinnstiftende Sprache verschiedenster Akteure im Rahmen eines *policy acts*, mit der die Region an eine transnationale Gemeinschaft angeschlossen werden soll. Der Beitrag bietet dabei einen Einblick in aktuelle und anhaltende Politik- und Diskursstrategien von „Regierung“, „staatlichem Naturschutz“ und „Bevölkerung“, mit denen eine gemeinsame und mühevolle Konsensfindung auf demokratischem Weg angestrebt wird. Fester Bestandteil dieses gemeinsamen Bemühens ist der Konflikt, der nicht befriedet oder gar gesteuert werden kann, sondern als identitätsbildendes Element ausgetragen werden muss: Denn hier konstituiert sich Gesellschaft. Dass dabei nicht selten das „naturschützerische Auge weint, das demokratische aber lacht“, ist unausweichlich, denn das Wattenmeer ist eben eine umkämpfte Natur- und Kulturlandschaft. Gleichzeitig geschieht aber noch etwas Zweites: Der globale Diskurs von „Nachhaltigkeit“ und „Welterbe“, der zur Festigung und Stabilisierung der Umweltadministration dient, bringt einen regionalen Populismus hervor. Spätestens hier ist der Punkt, so die Autoren, an dem die Formen der Kommunikation und die jeweiligen Diskursstrategien überprüft und hinterfragt werden müssen,

damit nachhaltige Entwicklung nicht zu schlichter Rhetorik oder absurdem Theater verkommt.

Dass Stadt, Umland und Natur in einem sich wandelndem und vornehmlich städtisch und historisch geprägten Spannungsfeld stehen, zeigt der Beitrag von *Wolfgang Settekorn*. Ist noch im Mittelalter ein steter Zuzug in die Stadt zu verzeichnen – nach dem Motto: Stadtluft macht frei! –, so ändert diese Entwicklung ihre Richtung mit der weiteren historischen Entwicklung im 17. und 18. Jahrhundert um 180 Grad. Die Tendenz, die Enge der Stadt zu verlassen und sich zumindest dem zeitlich beschränkten Genuss der Natur hinzugeben, gewinnt Vorrang und geht mit der Entwicklung der ersten Massen- und Ferntransportmittel einher, die den potentiellen Radius der individuellen Naturaneignung beträchtlich erweitern: Gerade Badeaufenthalte auf der Insel Sylt verdeutlichen die Tendenz, immer weiter aus der Stadt hinaus und in die Natur und an die Küste zu kommen. Mit der technischen Erweiterung des Bewegungsradius entwickelte sich eine rege Reisetätigkeit bildender Künstler wie u. a. Kirchner und Nolde, deren Gemälde zu so genannten Vor-Bildern auch für die heutige Naturaneignung und -wahrnehmung wurden. Dass solche Vor-Bilder vornehmlich städtische Produkte sind, zeigt *Wolfgang Settekorn* anhand alternativer Formen der Stadtfucht, wie sie sich heute in den Katalogen von Globetrotter und anderen Firmen aufspüren lassen: Trekkingstiefel und Jacken werden vor entsprechenden Hintergründen beworben, und nicht selten sieht man bei Sturm auf dem Deich, wie genau diese städtischen Bekleidungsstücke zum Einsatz kommen. Vor-Bilder werden zu kulturellen Mustern oder Stereotypen entwickelt und tragen nicht selten zu einem eben solchen stereotypen Menschenbild bei, das ein genuin städtisches Produkt ist.

Im letzten Aufsatz des vorliegenden Bandes entwickelt *Jürgen Hasse* eine erweiterte Perspektive für die Stadtforschung: „Stadt“ ist nicht nur ein Ensemble körperhafter Dinge, das durch das wahrnehmende Subjekt und seine geistige Tätigkeit konstruiert wird, vielmehr ist der Akt der Sinnstiftung maßgeblich durch die Leiblichkeit des Individuums beeinflusst. Bedeutungen und deren Versprachlichung wird eine leibliche Vorbedeutung vorangestellt, die Produkt so genannter den Dingen anhaftender Atmosphären im Sinne Gernot Böhmes sind. Das reine Konstrukt „Stadt“ findet mittels Atmosphäre und Leiblichkeit eine Erdung in der realen Welt: Damit wird einem konstruktivistischen Ansatz Einhalt geboten, der reine Geist um Aspekte der Leib- und Körperlichkeit erweitert. Aus dieser Erweiterung um eine Phänomenologie des Leibes entwickelt sich ein Raumbegriff, der im euklidischen Sinn nicht mehr haltbar ist und um Aspekte des „Sich-Befindens in Atmosphären“ erweitert wird. Ziel ist es, Leiblichkeit als „theoretische Perspektive für eine Kritik im materiellen, symbolischen und atmosphärischen Raum der Stadt zu öffnen“, um den gelebten Raum des Individuums in seiner subjektiven Komplexität zu erfassen. Die Öffnung dieser gefühlten Ebene

wirft Fragen auf, die das unmittelbare Befinden des Individuums im „gelebten Raum“ einer rein abstrakt gefassten Begründung vorzieht.

Auf dem Workshop hatten verschiedene Beteiligte die Aufgabe übernommen, die übergreifenden Fragen zu kommentieren und Möglichkeiten der Synthese aufzuzeigen. Dazu gehörten die Statements von *Ulrich Mückenberger*, *Cord Jacobeit*, *Jörg Knieling*, *Hellmut Körner*, *Mechthild Rössler* und *Norbert Fischer*, die wertvolle Anregungen für unsere gemeinsame Diskussion gegeben haben.

Der Beitrag von *Jörg Knieling* und *Hellmut Körner* kommentiert aus der Sicht der Freien und Hansestadt Hamburg die geographischen und politischen Raumkonstruktionen, wie sie von der Verwaltung, den Planern und Politikern erzeugt worden sind. Darüber hinaus gibt der Beitrag einen Überblick über weitere regionale Kooperationen, die für die Freie und Hansestadt in den letzten Jahren bedeutungsvoller geworden sind. Sie betreffen nicht nur die Stadt-Umland-Beziehungen, sondern auch die Großstadtkooperation mit Berlin oder die Zusammenarbeit mit der Öresundregion. Weiterhin stellt der Beitrag die Aspekte heraus, die im Dialog zwischen Wissenschaft, Politik und Verwaltung bisher defizitär waren bzw. in Zukunft gewinnbringend sein könnten.

Als abschließende Bewertung des gesamten Workshops und stellvertretend für die lebhafte Debatte und den Erkenntnisgewinn in den einzelnen Tagungsabschnitten, fasst der Beitrag von *Klaus Müller* den Ablauf des Workshops kritisch zusammen und stellt weiterführende Fragen für zukünftige Aktivitäten.

Der seinerzeitige Workshop wie nunmehr auch die Veröffentlichung der in diesem Sammelband vereinten Beiträge wären ohne die großzügige finanzielle Unterstützung verschiedener Sponsoren undenkbar gewesen. Unser Dank gilt hier vor allem dem Präsidium der Landeszentralbank in der Freien und Hansestadt Hamburg, in Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein, das schon die im Zusammenhang mit dem 75-jährigen Jubiläum der Universität Hamburg im Herbst 1994 veranstaltete regionale Fachtagung der Deutschen Sektion des Internationalen Instituts für Verwaltungswissenschaften über „großstädtische Aufgabenerfüllung im Wandel“ und den unter diesen Titel von *Dietrich Budäus* und *Gunther H. Engelhardt* als Band 148 der Schriften zur öffentlichen Verwaltung und öffentlichen Wirtschaft 1996 herausgegebenen Tagungsband gefördert hat. Auf dieser Tagung war insbesondere von wissenschaftlich interessierten Verwaltungspraktikern angeregt worden, die Universität möge ein auf Dauer angelegtes fächer- wie theorie- und praxisübergreifendes Diskussionsforum zu verwaltungspolitischen Grundsatzfragen der Metropolregion Hamburg organisieren. Das seither in regelmäßig-unregelmäßigen Abständen im „Allgemeinen Vorlesungswesen der Universität Hamburg“ unter dem Obertitel „Staat und Stadt – Stadtstaat im Wandel“ veranstaltete Forum hat sich inzwischen verschiedener Schwerpunktthemen angenommen, so u. a. „Metropolregionen im Pro-

zess der europäischen Einigung“ (Sommersemester 1997), „Metropolregionen und die Lokale Agenda 21“ (Wintersemester 1997/98), „Neue Formen der Arbeitsvermittlung und Beschäftigungsinitiativen“ (Sommersemester 1998), „Kooperation und Konkurrenz im Verhältnis zwischen Bürgern, Unternehmen und öffentlichen Instanzen“ (Wintersemester 1998/99), „Nachhaltige Entwicklung in Metropolregionen“ (Wintersemester 1999/2000) und als vorerst letzte Veranstaltung des hier dokumentierten Workshops über „Stadt – Raum – Natur: Die Metropole als politisch konstruierter Raum“ im Sommersemester 2001.

All diese Diskussionsforen konnten stets mit renommierten, zum Teil auswärtigen oder sogar ausländischen Vortragenden und Diskutanten durchgeführt werden. Für die organisatorische und finanzielle Unterstützung bei all diesen Veranstaltungen sind wir den MitarbeiterInnen der „Arbeitsstelle für Wissenschaftliche Weiterbildung der Universität Hamburg“ und dem sie und so auch uns unterstützenden „Verein zur Förderung der wissenschaftlichen Weiterbildung“ zu Dank verpflichtet. Für die Tagung, über den der vorliegende Band berichtet gilt unser besonderer Dank abermals der Landeszentralbank, ohne deren Unterstützung weder die Reise- und Aufenthalts-, noch gelegentliche Druckkostenzuschüsse finanzierbar gewesen wären.

Die beiden zuletzt genannten Veranstaltungen fanden zugleich im Zuge der Öffentlichkeitsarbeit des seit 1999 von der Behörde für Wissenschaft und Forschung der Freien und Hansestadt Hamburg geförderten Forschungsverbundes von Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen verschiedener Hamburger Hochschulen zum Themenkomplex „Leitbild und Indikatoren nachhaltiger Entwicklung in Metropolregionen“. Auch ihr danken wir daher an dieser Stelle.

Hamburg, im Juli 2002

E. Martin Döring
Gunther H. Engelhardt
Peter H. Feindt
Jürgen Oßenbrügge